

**Einfache Anfrage Büchel-Oberriet:****«Die EU-Drohgebärden gegen Liechtenstein und das Schweizer Stimmvolk haben eine massive Auswirkung auf das Leben der Menschen**

Brüssel zeigt sein wahres Gesicht: In diesen Tagen sind höchste EU-Repräsentanten in ihrem Verhalten gegenüber der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein klar zu weit gegangen. Dies, obwohl sich Bundesbern gehorsam bereit erklärt hat, auf Verlangen der EU einen grossen Teil der Bevölkerung auf beiden Seiten des Alpenrheintals zu schikanieren: Zwischen der Schweiz und Liechtenstein wurde auf Befehl der EU eine «Schengen-Aussengrenze» errichtet, gültig seit dem 12. Dezember 2008.

In der sehr sachlichen Berichterstattung zur neuen «Schengen-Aussengrenze» zwischen der Schweiz und Liechtenstein schreibt das «St.Galler Tagblatt»:

- a) «Mit der Inbetriebnahme von Video-Überwachungsanlagen an den schweizerisch-liechtensteinischen Grenzübergängen am Rhein und am Übergang Luziensteig, durch gemeinsame Lageanalysen der Polizei- und Grenzschutzorgane und mit dem Einsatz mobiler Kontrollen im grenznahen Raum der Schweiz erfüllen das Fürstentum Liechtenstein und die Schweiz die Vorgaben der EU.» – Die grosse Union verlangt Gehorsam von den beiden Kleinstaaten.
- b) «Anlass für den vorübergehenden speziellen Aufwand an der Grenze zwischen der Schweiz und Liechtenstein ist der unterschiedliche Beitritt der beiden Länder zum Schengen-Abkommen. Liechtenstein hat zwar das Übereinkommen bereits am 28. Februar unterzeichnet, doch zögert sich der Ratifikationsprozess in den EU-Staaten hinaus, weil dem Vernehmen nach einzelne Länder den Druck auf Liechtenstein (...) verstärken wollen.»

Auch die Aussagen des EU-Justiz-Kommissars sind erstaunlich. Der Franzose Jacques Barrot konstruiert eine Verknüpfung zwischen der Implementierung von Schengen und der eidgenössischen Volksabstimmung zur Personenfreizügigkeit vom 8. Februar 2009. Mit mindestens zwei Aussagen unterstreicht er sein gestörtes Verhältnis (oder seine Unkenntnis) in Bezug auf unsere Demokratie und die realen Verhältnisse an den Schweizer Grenzen.

- a) Selbstverständlich wolle er die kleine Schweiz nicht nötigen und den Schweizern nicht drohen, aber «es gäbe wirklich ein Problem der Vereinbarkeit eines negativen Abstimmungsergebnisses und des Schengenbeitritts». Längerfristig wäre dann die Schweizer Schengen-Mitgliedschaft in Frage gestellt.
- b) «Man kann nicht Barrieren aufheben und gleichzeitig andere schaffen.» (Das Trauerspiel, welches die EU zu genau diesem Thema mit Liechtenstein und dessen Ausgrenzung veranstaltet, liess Barrot unerwähnt.)

Aufgrund des schikanösen Verhaltens der EU gegen die Liechtensteiner Bevölkerung, aber auch wegen der EU-Drohungen gegen einen Entscheid, den das Schweizer Volk am 8. Februar 2009 souverän zu fällen hat, stelle ich die folgenden Fragen:

1. Ist der Regierung bekannt, welche EU-Staaten das Fürstentum Liechtenstein auf eine beschämende Art unter Druck setzen wollen?
2. Wann und in welcher Form reagiert St.Gallen auf die Druckversuche aus Brüssel, welche sich auch auf das Leben unserer Bevölkerung im Grenzgebiet auswirken?
3. Gibt es in dieser Sache ein gemeinsames Vorgehen mit den Behörden des Liechtensteins und des Landes Vorarlberg?»

15. Dezember 2008

Büchel-Oberriet